

## Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

### Inhalt

1	Gesetzliche Grundlagen.....	2
1.1	Einführung .....	2
1.2	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen .....	3
2	Innerbetriebliche Regelungen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen .....	5
2.1	Grundsätzliche Festlegungen.....	5
2.2	Sicherheitstechnischer Dienst/Umweltschutz .....	6
2.3	Fachbereiche .....	7

# 1. Gesetzliche Grundlagen

## 1.1 Einführung

Wasser als lebensnotwendiges Gut steht nicht unbeschränkt zur Verfügung und muss deshalb bewirtschaftet werden.

Der Gesetzgeber hat mit dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31.07.2009 das Rahmengesetz zur Bewirtschaftung der Gewässer geschaffen. Zu den Gewässern zählen die Binnengewässer, das Grundwasser und die Küstenmeere. Zur Durchführung des WHG wurden zahlreiche Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften erlassen.

Wichtigste Rechtsquellen für die Durchführung sind die Landeswassergesetze, so das Hessische Wassergesetz (HWG) in der Fassung vom 14.12.2010 und die kommunale Satzung über die Entwässerung der Stadt Frankfurt am Main.

Für die Praxis häufig noch bedeutender sind untergesetzliche Vorschriften, wie z.B. die Indirekteinleiterverordnung (Indirekteinleiter-VO) oder die Hessische Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Anlagenverordnung wassergefährdende Stoffe – VAWS-Hessen).

### **Auswahl der wichtigsten, gesetzlichen Vorschriften zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen:**

- Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
- Hessisches Wassergesetz (HWG)
- Hessische Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Hessische Anlagenverordnung wassergefährdende Stoffe – VAWS-Hessen).

### 1.2 Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) des Bundes enthält besondere Vorschriften für Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen. Diese Rahmenregelungen des WHG werden ergänzt durch die Hessische Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Hessische Anlagenverordnung wassergefährdende Stoffe – VawS-Hessen). Diese betreffen:

Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen

- **LAU-Anlagen,**

Anlagen zum Herstellen, Behandeln und Verwenden

- **HBV-Anlagen**

sowie

innerbetriebliche Rohrleitungsanlagen.

Anlagen zum Lagern, Abfüllen, Herstellen, Behandeln und Verwenden wassergefährdender Stoffe sowie innerbetriebliche Rohrleitungen müssen so beschaffen sein, daß eine Verunreinigung der Gewässer oder eine sonstige nachteilige Veränderung ihrer Eigenschaften nicht zu befürchten ist (Besorgnisgrundsatz).

Dieser Besorgnisgrundsatz bedeutet in der praktischen Umsetzung: So größer und folgeschwerer ein Schaden an einem Gewässer sein könnte, desto höher ist das Maß der Anforderungen an die Anlage.

Um daraus die technischen Anforderungen an eine Anlage abzuleiten, muß zunächst das Gefährdungspotential der Anlage (bezogen auf das durch die Anlage gefährdete Gewässer) bestimmt werden.

Zur Abschätzung des Gefährdungspotentials einer Anlage sind grundsätzlich folgende Angaben heranzuziehen:

- wassergefährdende Stoffe (stoffbezogenes Gefährdungspotential),
- Art der Anlage und des Umganges mit dem wassergefährdenden Stoff (anlagenbezogenes Gefährdungspotential),
- Standortgegebenheiten.

Die wassergefährdenden Eigenschaften der Stoffe werden in der Praxis durch die Einstufung in Wassergefährdungsklassen dargestellt. Hierzu werden wassergefährdende Stoffe aufgrund ihrer biologischen und chemischen Eigenschaften sowie dem biologischen Abbauverhalten und weiteren Kriterien einer bestimmten Wassergefährdungsklasse (WGK) zugeordnet.

Die einzelnen Wassergefährdungsklassen besagen:

- **WGK 1:**        **schwach wassergefährdend,**
- **WGK 2:**        **wassergefährdend,**
- **WGK 3:**        **stark wassergefährdend.**

Die Art der Anlage und des Umganges mit den Stoffen beeinflussen ebenfalls das Gefährdungspotential. In der Praxis wird der Einfluß der Art der Anlage und des Umgangs dadurch berücksichtigt, dass sich Anforderungen nach der Anlagenart unterscheiden. So sind beispielsweise die Gefährdungen in Lager- oder Abfüllanlagen unterschiedlich zu beurteilen. Bei Lageranlagen wird unterschieden zwischen Lageranlagen mit oberirdischen oder unterirdischen Lagerbehältern.

Als dritte Komponente bestimmen die Standortgegebenheiten das Gefährdungspotential. In Wasserschutzgebieten werden weit höhere Anforderungen an Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen gestellt.

Diese drei Komponenten - Stoffeigenschaften, Art der Anlage und des Umganges und Standortgegebenheiten - bestimmen das Gefährdungspotential einer Anlage.

## 2. Innerbetriebliche Regelungen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

### 2.1 Grundsätzliche Festlegungen

Bei der VGF, vor allem in den technischen Bereichen und der Materialwirtschaft, wird mit einer Vielzahl wassergefährdender Stoffe umgegangen. Dieses ist z.B.:

- Mineralöle und mineralöhlhaltige Produkte,
- Diesel- und Vergaserkraftstoff,
- Farben,
- Lösemittel und Verdünner,
- Säuren und Laugen.

Ebenfalls werden Anlagen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes und des Wasserhaushaltsgesetzes betrieben. Hierzu zählen beispielsweise:

- Gefahrstofflager (Farblager),
- Lagertanks, z.B. für Kraftstoffe bzw. Schmierstoffe,
- Behälter zum Sammeln flüssiger/pastöser Abfälle (z.B. Altölsammelbehälter),
- Hydraulikeinrichtungen,
- Anlagen zur Oberflächenbehandlung,
- Einrichtungen zur Reinigung.

Grundsätzlich haben alle Anwender die Verpflichtung die gesetzlichen Anforderungen an den Gewässerschutz zu befolgen. Die Fachbereiche haben den Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz in Angelegenheiten des Gewässerschutzes zu beteiligen. Die Vorgehensweise, soweit sie hier nicht festgelegt wurde, ist einvernehmlich abzustimmen.

### 2.2 Sicherheitstechnischer Dienst/Umweltschutz

Der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz hat die Fachbereiche sowie alle Betriebsangehörigen, in Angelegenheiten die für den Gewässerschutz bedeutsam sein können, zu beraten.

Ein Schwerpunkt der Aufgabe besteht darin, auf die Einhaltung der Rechtsvorschriften hinzuwirken. Außerdem werden durch den Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz die Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen gemäß HWG bei der zuständigen Behörde angezeigt. Jegliche Behördenanfragen werden ebenfalls durch den Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz beantwortet.

Der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz wirkt hin auf die sicherheitsbewusste Lagerung und den sicheren Umgang mit den wassergefährdenden Stoffen.

"Hinwirken" bedeutet in diesem Zusammenhang nicht nur entsprechende Konzepte vorzulegen, sondern sich auch für deren Realisierung einzusetzen.

Die Vertretung gegenüber außerbetrieblichen Institutionen bzw. Behörden obliegt dem Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz. Dieses beinhaltet auch die Erteilung von Auskünften und die Überstellung von Berichten an die Überwachungsbehörden.

Der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz soll das Umweltbewusstsein im Betrieb stärken. Dabei hat er die Betriebsangehörigen über mögliche Gewässerbelastungen und die zu ihrer Verhinderung getroffenen Maßnahmen aufzuklären. Es obliegt dabei seinem eigenen Ermessen, wie er seiner Aufklärungspflicht nachkommt.

Festgestellte Mängel sind der Geschäftsführung mitzuteilen und geeignete Maßnahmen zu ihrer Beseitigung vorzuschlagen. Unabhängig davon hat der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz der Geschäftsführung kontinuierlich über den betrieblichen Stand und die perspektivische Entwicklung im Gewässerschutz zu berichten.

### 2.3 Fachbereiche

Alle Maßnahmen und Einrichtungen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach der einschlägigen wasserrechtlichen Gesetzgebung liegen in der Zuständigkeit der betroffenen Fachbereiche.

Der Fachbereich hat sicherzustellen, dass alle Änderungen, Prüfungen und Überwachungstätigkeiten durchgeführt und dokumentiert werden. Dazu gehören auch die Führung entsprechender Lebensakten und die Bereitstellung aller Unterlagen

Die Fachbereiche haben alle Anfragen bzw. Anforderungen von außerbetrieblichen Institutionen und Behörden dem Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz zuzuleiten. Nach Absprache wird das weitere Vorgehen festgelegt. Insbesondere bei außerbetrieblichen Kontrollmaßnahmen ist die vorstehende Stabsstelle unverzüglich zu unterrichten.

Bei Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen sind vor Ort alle Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen um das Eindringen wassergefährdender Stoffe in Boden, Grundwasser oder Kanalisation zu verhindern bzw. auf den geringstmöglichen Umfang zu begrenzen. Die Festlegungen im jeweiligen Alarmplan sind zu befolgen. Der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz ist unverzüglich zu benachrichtigen.